Etatrede

der Vorsitzenden der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Essen

Hiltrud Schmutzler-Jäger

vor dem Rat der Stadt Essen
am 23. November 2011

Sperrfrist:
23. November 2011, Ende der Rede
Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

zur Einbringung des Haushalts 2012 haben Sie, Herr Oberbürgermeister, folgendes Zitat von Seneca vorangestellt: „Wenn man nicht weiß, welchen Hafen man ansteuert, ist kein Wind günstig“.
Bei dem Versuch, mir die Frage zu beantworten, wieso Sie zur Haushaltseinbringung gerade auf dieses Zitat gekommen sind, stelle ich fest, dass es äußerst beunruhigend ist, wenn der Kapitän eines so großen Schiffes wie es unsere Stadt ist, gleich zu Beginn über die fatalen Folgen von Entscheidungsunfähigkeit und Orientierungslosigkeit orakelt. Klar ist, wer kein Ziel hat, der kann auch keine Chancen nutzen, sein Schiff voranzubringen. So wollen wir denn hoffen, dass, um zunächst in Ihrem Bild zu bleiben, für den Kapitän der Hafen, den er ansteuern will und auch die Route dahin inzwischen klarer geworden ist. Aber selbst dann benötigt der Kapitän dafür auch eine Crew, die ihn auf unterschiedlichste Weise während der Fahrt unterstützt, zumal sich immer auch unvorhersehbare Stürme einstellen können, die das Erreichen des Zielhafens gefährden.

Gerade diese möglichen Risiken auf dem Weg zum sicheren Hafen „ausgeglichener Haushalt“ lassen den Titel der erstmals in Ihrer Haushaltsrede eingebrachten Zukunftsstrategie der „starken Stadt Essen“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt doch eher fragwürdig erscheinen.
Zunächst einmal sind wir eine sich verändernde Stadt, die sich auf den Weg gemacht hat, erst einmal ihre Handlungsfähigkeit wieder zurück zu gewinnen und dabei neue Wege gehen muss. Um dies zu verdeutlichen, möchte ich noch einmal den Blick zurückwenden auf das vorige Jahr, auf das auch Sie, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Rede Bezug nehmen. Hier sprechen Sie davon, dass die Politik erst seit gut einem Jahr durch die Verfügung der Bezirksregierung im Januar letzten Jahres begriffen hätte, dass unsere Stadt mittelfristig in die Überschuldung rutschen würde.
Diese Aussage ist insofern verwunderlich, weil ein Rückblick auf die Haushaltsverabschiedungen der letzten knapp zwanzig Jahre deutlich macht, dass Essen, ähnlich wie Oberhausen, Duisburg und andere

Ruhrgebietsstädte bereits seit Anfang der 90er Jahre keinen ausgeglichenen Haushalt mehr hatte! Die Mär, dass insbesondere die letzten 10 Jahre zur jetzigen Haushaltssituation geführt hätten, negiert diese Realität der letzten knapp 20 Jahre.
Ich stimme dem Oberbürgermeister aber in dem Punkt ausdrücklich zu, dass erst die Verfügung der Bezirksregierung im Januar 2010 endlich auch der SPD glasklar vor Augen geführt hat, mit welchen Konsequenzen wir zu rechnen haben, wenn wir nicht endlich die Notbremse ziehen.
Auch die TuP stand mit klaren Konsolidierungsansagen im Visier der Bezirksregierung. Die daraufhin aufkeimende Spartenschließungsdebatte konnte dann doch noch Dank des von der TuP konsequent umgesetzten Sparkurses verhindert werden. Dabei ist es der TuP sogar gelungen, die Sparvorgabe zu übertreffen. An diesem Beispiel wird deutlich, dass es möglich ist, Einsparvorgaben zu erreichen, ohne dass das Damoklesschwert des Niedergangs unweigerlich darüber schweben muss.
Auf der anderen Seite müssen aber auch Anreize geschaffen werden, diesen Weg weiterzugehen, ohne dass der Betrieb vollkommen in die Knie gezwungen wird. Das heißt, dass die konsequenten Einsparungen und der damit einhergehende Verzicht andererseits auch Unterstützung in Notsituationen – wie z. B. bei Tarifsteigerungen – nach sich ziehen muss.
Aber nicht nur die TuP, die im Jahr 2012 noch gerade so von ihrer Kapitalrücklage zehren kann, sondern auch Grün und Gruga wie auch die Sport- und Bäderbetriebe haben über die Maße hinaus ihren Anteil zur Haushaltskonsolidierung beigetragen. Die Sparvorgaben in der mittelfristigen Finanzplanung werden die Eigenbetriebe zukünftig nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen können, ohne dass dies zu erheblichen Einschnitten bzw. Reduktionen der originären Aufgaben führt.
Aber auch Sozialgesellschaften, über deren finanzielle Not öffentlich weitaus weniger zu vernehmen ist als z. B. über die der Messe Essen, der wir noch im letzten Jahr eine Kapitaleinlage von 2,5 Mio. Euro gewährt haben, benötigen dringend Unterstützung, um sie vor der drohenden Insolvenz zu retten. An diesem Punkt möchte ich unseren gemeinsam mit CDU, FDP und EBB gestellten Haushaltsanträgen vorgreifen. Denn angesichts der gerade beschriebenen Notlagen beantragen wir für die Jugendhilfe eine einmalige Kapitaleinlage von 330.000 Euro, für die Suchthilfe direkt eine einmalige

Kapitaleinlage von 130.000 Euro und für die Sport- und Bäderbetriebe eine Liquiditätshilfe von 1 Million Euro. Demgegenüber soll die Messe Essen GmbH, wie alle anderen Beteiligungsunternehmen und die Stadtverwaltung, in die generelle 2%ige Sachkostenkürzung für das Haushaltsjahr 2012 und folgende einbezogen werden. Angesichts der zu erwartenden Tarifsteigerungen soll die Verwaltung darüber hinaus zur kommenden Doppelhaushaltsaufstellung die gerade oben genannten Belastungen für die Beteiligungsgesellschaften berücksichtigen und dazu einen entsprechenden, einheitlichen Vorschlag erarbeiten und dem Unterausschuss Finanzen und Beteiligungen vorlegen.
Kommen wir aber noch mal zurück auf die Verfügung der Bezirksregierung in 2010, denn da gingen die strikten Vorgaben sogar soweit, dass ein Personalausgabenbudget nicht nur für das Jahr 2010, sondern bis auf weiteres überhaupt nicht mehr gewährt werden sollte. Somit waren auch Beförderungen von Beamtinnen und Beamten sowie die Gewährung von Leistungsprämien oder Höhergruppierungen ebenso wenig gestattet wie Neueinstellungen oder Vertragsverlängerungen.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese düstere Aussicht hat die GRÜNEN einmal mehr davon überzeugt, dass wir die drohende Überschuldung abwenden müssen, um politische Handlungsspielräume - auch mit besonderem Blick auf unsere Mitverantwortung für das städtische Personal – wieder zurück zu gewinnen.
Den ersten erfolgreichen Schritt haben wir mit der - auch von der Bezirksregierung honorierten - Verabschiedung des letzten Doppelhaushalts getan. Hierdurch sind nun
Beförderungen und Neueinstellungen wieder möglich geworden. Dass dafür die Fraktionen von CDU, GRÜNEN, FDP und EBB gemeinsam mit Ihnen gesorgt haben – und zwar gegen die Stimmen der SPD und der LINKEN Fraktion, haben Sie sicherlich in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts lediglich vergessen. Hörte sich ja auch merkwürdig an, wenn Sie gerade mit Blick auf die von Ihnen hervorgehobene Bedeutung des Paradigmenwechsels im gleichen Atemzug die gerade von mir genannten vier Fraktionen benannt hätten, die Sie nur allzu gerne als „Viererbande“

titulieren.

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, liebe SPD und LINKE Fraktion, in diesem Zusammenhang möchte ich die Gelegenheit aufgreifen, uns als „Viererbande“ kurz zu erläutern, damit auch Sie wissen, mit wem Sie es tun haben.
Unter der Begriffsbestimmung einer „Bande“ ist im deutschen Recht erläutert, dass es sich hier um mindestens drei Bandenmitglieder handelt bzw. handeln muss. Begründet wird die Mindestanzahl damit, dass erst ab drei Mitgliedern eine erhöhte Gefährlichkeit für andere besteht, die sich unter anderem aus der Gruppendynamik ergibt. Sollten Sie, Herr Oberbürgermeister, und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der LINKEN Fraktion uns diesen Titel also verliehen haben, weil Sie uns für politisch gefährlich Gegner halten, so würden wir ihn auch künftig mit ein wenig Stolz tragen. Leider haben wir aber Grund zu der Annahme, dass Sie stattdessen eher der landläufig diffamierenden bzw. abwertenden Assoziation zuneigen und unter einer Bande – wie im Duden nachzulesen ist - eine organisierte Gruppe von Verbrecherinnen und Verbrechern verstehen. Vor diesem Hintergrund habe ich mich dazu entschlossen, nur noch von der „Gestaltungsmehrheit“ zu sprechen, wenn hier die Rede von der Kooperation zwischen CDU, GRÜNEN, FDP und EBB ist.
Besagte Gestaltungsmehrheit hat bereits in der Ratssitzung am 25. Mai 2011 mit ihrem Antrag zur „generationengerechten, nachhaltigen und effizienten Finanzpolitik“ jenen Paradigmenwechsel sichtbar unterstützt, der unsere Stadt endlich wieder auf Kurs in den schützenden Hafen bringen soll. Wir haben uns sehr gefreut, dass auch die SPD sich doch noch entschlossen hat, mit an Bord zu kommen, so dass der Antrag mit einer großen Mehrheit - wenn auch gegen die Stimmen der LINKEN – beschlossen werden konnte.
Denn sowohl das positive Signal, gemeinsam am Konsolidierungskurs festzuhalten, als auch die gute Nachricht, dass es uns sogar gelungen ist, über die beschlossene Defizitsenkung hinaus weitere rund 122 Millionen Euro an Haushaltsverbesserungen zu erzielen, macht uns Hoffnung darauf, nach fast zwei Jahrzehnten der Schuldenlast wieder einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können.

Wenn – ja, wenn – Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen
nicht eben doch noch einige Risiken auf dem Weg der

Konsolidierung auf uns lauern würden.
Da wäre das Risiko zu benennen, dass gerade die Stadt Essen mit den bundesweit höchsten Krediten zur Liquiditätssicherung bei den prognostizierten Zinserhöhungen wieder in die Knie gezwungen werden könnte, wodurch alle bisherigen Konsolidierungsbemühungen wieder mit einem Schlag obsolet wären.
Umso wichtiger sind die schon so oft geforderten, manchmal auch versprochenen kommunalen Entlastungen durch Bund und Land.
Der Bund wird sich nach all den Jahren des tatenlosen Zuschauens oder sogar in die Tasche Greifens endlich wieder an den Kosten der Unterkunft beteiligen und ab 2012 wird der Bund schrittweise die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernehmen, wodurch zusammengenommen rund 80 Millionen in die Stadtkasse fließen werden.
Von Landesseite ist für 2012 die langersehnte Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes auf den Weg gebracht worden, wodurch endlich die gestiegenen Soziallasten für kreisfreie Städte wie Essen aktualisiert werden und uns ebenfalls rund 44 Millionen Euro einbringen wird.
Unter anderem hat die Stadt Essen bereits unter der alten schwarz – gelben Landesregierung gemeinsam mit den anderen Ruhrgebietsstädten im Rahmen des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ eine Entschuldungshilfe des Landes für die Nothaushaltskommunen eingefordert und hat hier die Hoffnung und das Versprechen mit genommen, dass uns mit einer Entschuldungshilfe unter die Arme gegriffen wird, wenn auch wir unseren Anteil zu einen ausgeglichen Haushalt beitragen. Dies spornte uns noch mehr an, uns ernsthaft dem Konsolidierungskurs zu stellen. Dann kam der Regierungswechsel im Land und Essen hat noch größere Hoffnung auf eine Teilhabe am geplanten Entschuldungsfonds gehegt.
Die rot-grüne Landesregierung hat zwar in Anerkennung der finanziellen Notlage der Kommunen Wort gehalten und die Stufe 1 des Stärkungspaketes Stadtfinanzen geschnürt. Aber was heißt das für Essen?

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

von der Stufe 1 des Stärkungspaketes Stadtfinanzen profitieren insgesamt 34 von 138 NRW – Nothaushaltskommunen, die entweder bereits überschuldet sind oder voraussichtlich bis 2013

überschuldet sein werden. Im Gegenzug müssen die Städte und Gemeinden einen klaren Sparkurs einschlagen und ihre überschuldeten Haushalte innerhalb von 10 Jahren sanieren. Das bedeutet, dass Essen trotz des bereits konsequent eingeschlagen Konsolidierungskurses außen vor bleibt. Dass ab 2012 Komplementärmittel hinzukommen sollen, die von den Gemeinden refinanziert werden, macht stutzig, wenn Innenminister Jäger gleichzeitig sagt, dass keine der finanzstarken Kommunen gegenüber dem Status quo verlieren soll. Da stellt sich die Frage, woher dann die zusätzlichen Komplementärmittel in Höhe von 65 Millionen in 2012, 115 Millionen in 2013 kommen sollen. Ab 2014 sollen dann 195 Millionen Euro durch einen Solidaritätsbeitrag der reichen an die armen Kommunen fließen. Diese Umlage ist bereits jetzt schon hoch umstritten. Und Städte wie Düsseldorf, die gut gewirtschaftet haben, kritisieren bereits jetzt schon, sie würden für ihren Konsolidierungskurs durch das Land bestraft.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,
was sollen wir daraus für Schlüsse ziehen? Zunächst verkehrt es jegliche Prämissen des Haushaltens und des Schuldenabbaus. Jeder hochverschuldete Mensch erhält nach eingehender Schuldnerberatung und Vorlage eines Entschuldungskonzeptes und unter konsequenter Einhaltung der Sparvorgaben die Option auf einen Teilschuldenerlass. Der uns ja auch auf den Memorandumsveranstaltungen „Raus aus den Schulden“ – mit Unterstützung vom Städtetag signalisiert wurde. In Zukunft könnte es aber so aussehen, dass wir zwar unsere Hausaufgaben erledigt haben, unser Primärhaushalt ab 2015 nicht mehr defizitär ist, sondern – auch nach dem Wunsch des Kämmerers und Oberbürgermeisters – sogar Überschüsse erwirtschaftet. Damit hätten wir unter Außerachtlassung der Zinsbelastungen höhere Einnahmen als Ausgaben und wären damit folgerichtig auch eine abundante Kommune. Was das bedeuten würde, lässt sich an Düsseldorf ablesen. Gleichzeitig bliebe aber möglicherweise unbeachtet, dass uns trotzdem das Gewicht von rund 2,5 Milliarden an Kassenkrediten erdrücken wird. Damit noch nicht genug, hinzu kommt die beängstigende und steigende Zinslast, die die städtischen Finanzen ebenfalls in arge Bedrängnis bringen kann. Dabei deutet die jüngste

Leitzinserhöhung durch die Europäische Zentralbank bereits an, was auf uns zukommen wird. Allein für 2015 rechnet der Kämmerer bereits mit einer Zinsbelastung von rund 150 Millionen Euro, also 60 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr 2010. Im Fazit heißt das aber auch, dass wir unseren Konsolidierungskurs nur durchhalten und erfolgreich umsetzen können, wenn Bund und Land uns finanziell unterstützen. Mehr Weckrufe können die Kommunen und auch Essen nicht mehr tätigen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Klingt das nicht nach Wahnsinn mit Methode“?

Egal, wie wir diese Frage beantworten würden, scheint bei aller Widersprüchlichkeit kein anderer Ausweg in Sicht, als der, den wir bereits beschritten haben:
Aus Grüner Sicht ist eine konsequente Sparpolitik ein zwar schmerzlicher, aber unvermeidbarer Weg. Zumal es nicht weiterhelfen wird, nur auf den Bund und das Land zu setzen, denn auch das Land sitzt selbst auf einem Schuldenberg von über 130 Milliarden Euro und will jetzt sogar die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufnehmen.

Für den Haushalt heißt dies, dass Essen den dringend benötigten Spielraum für die Bewältigung des demografischen Wandels, für den Ausbau ambulanter und präventiver Angebote nicht in angemessener Weise einsetzen kann. Auch, wenn wir in diesem Haushaltsjahr im Bereich Kinder, Jugend und Soziales gerade noch das letzte Quäntchen an Spielraum für einige Haushaltsanträge nutzen. Trotz der schwierigen Haushaltslage werden wir im Sozialbereich wichtige Akzente setzen.
So werden wir das Angebot des Café Kibbel der Suchthilfe für 2012 weiterführen und gleichzeitig die Tarifsteigerung für 2012 übernehmen und auch für die Jugendhilfe gGmbH und ihren für die Stadt wichtigen Bereich der Jugendberufshilfe eine Lösung anbieten. Auch die Kürzungen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir zurücknehmen. Den Freien Trägern der Wohlfahrtsverbände, die wir als unerlässliche Partner beim Ausbau der Kinderbetreuung brauchen, werden wir ebenso wie die SPD das gewünschte Signal geben und die

Maßnahme 136, die per Ratsbeschluss schon zurückgenommen wurde, nun komplett aus dem HSK streichen. Zudem wollen wir das unter schwarz-grün begonnene, erfolgreiche Projekt der Präventionsoffensive in der Kinder- und Jugendhilfe mit weiteren 200.000 Euro stärken.

Auch im Bereich der Bauunterhaltung werden wir für das Haushaltsjahr 2012 die Einsparvorgabe um rund 1,7 Mio. Euro reduzieren, weil der Einsatz dieser Mittel in die energetische
Bauunterhaltung uns nicht nur unseren Klimaschutzzielen näher bringt, sondern ebenfalls dem Erhalt des Eigenkapitals dient.
Hier geht die Fraktion die LINKE aufs Ganze und beantragt gleich die Rücknahme des Einsparvolumens von über 5 Millionen Euro. GRÜNE hingegen setzen auch darauf, dass bis zur Doppelhaushaltsverabschiedung 2013 / 2014 durch das neue Klimaschutzgesetz bei der Bezirksregierung und dem Innenminister Türen dafür geöffnet werden, dass energetische Sanierungen als rentierliche Maßnahmen beantragt werden können. Die Kompensation für die über 5 Millionen soll nach Durchsicht der Haushaltsanträge der LINKEN in erster Linie aus der Erhöhung der Gewerbesteuer generiert werden.
Insgesamt betrachtet sind Steuererhöhungen zwar eine gern gesehene Einnahmequelle, die aber letztlich eher als Nothilfeanker dienen sollte, weil sie, wie jetzt an der gesunkenen Gewerbesteuereinnahme ablesbar war, eine äußerst fragile Einnahmequelle und zudem immer wieder durch bundespolitische Entscheidungen veränderbar ist. So können wir das Gewerbesteueraufkommen der Jahre 2009 und 2010 mit über 400 Millionen Euro bei weitem nicht mehr erwarten. Diese Sondereffekte bei einzelnen großen Steuerzahlern werden sich nicht wiederholen. Auch mit Blick darauf werden wir den Gewerbesteuersatz, anders als im Antrag der LINKEN und der SPD, nach der moderaten Erhöhung zum Doppelhaushalt in diesem Haushalt noch nicht weiter erhöhen. Aber auch dem Antrag der LINKEN, die Grundsteuer B zu senken, werden wir nicht folgen. Richtig ist, dass wir mit einem Grundsteuerhebesatz von 590 Prozent bei der Steuer auf bebaute und unbebaute Grundstücke gemeinsam mit Düren eine Spitzenposition einnehmen. Aber auch hier scheint eine Ablösung in Sicht. Oberhausen, die Stadt, die vom Stärkungspaket des Landes profitieren wird und ihren Haushalt ausgleichen muss, peilt für spätestens 2015

sogar 610 Prozent an. Es wundert allerdings, dass gerade die Fraktion die LINKE sich für eine Senkung der Grundsteuer B stark macht. Unabhängig davon, dass Grundstücke im Gegensatz zum Gewerbe nicht weglaufen können, sollten doch gerade die Kritikerinnen und Kritiker des Kapitals nicht davor zurückschrecken, dass vor allem Haus-, Eigenheim- und in Teilen sogar Villenbesitzer mit großen Grundstücken stärker zur Kasse gebeten werden, während Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV unberührt davon bleiben, weil die Nebenkosten von der Stadt übernommen werden.
Bleibt die heiß diskutierte Betten-, Matratzen- oder wie auch immer bezeichnete Steuer. Diese will die Fraktion die LINKE mit 7% einführen. Hier stellt sich allerdings die Frage, ob letztlich nicht auch wieder die Letzten die Hunde beißen. Dies sind nämlich die Hotelangestellten, die eh schon weit unter den allgemeinen Tarifen entlohnt werden und die möglicherweise dann die Zeche der Hotelgäste durch noch niedrigere Löhne zu zahlen haben, um sich im Konkurrenzkampf mit den Nachbarkommunen zu behaupten. Gerade deshalb wäre eine ruhrgebietsweite Abstimmung einer einzuführenden Bettensteuer zum Doppelhaushalt 2013 / 2014 sicherlich der richtige Weg.

Wenn wir heute den Haushalt 2012 mit vergleichsweise wenigen Haushaltsänderungsanträgen verabschieden, zeigt dies, dass wir den eingeschlagenen Weg des Haushaltsausgleichs trotz widriger Umstände weitergehen wollen.
Auch deshalb wiegt die Entscheidung über eine Zukunftsinvestition in die Messe mit einer Bürgschaft von immerhin rund 100 Millionen Euro umso schwerer.
Angesichts der Tatsache, dass andere Gesellschaften um jeden Euro kämpfen oder sich legitimieren müssen (s. hierzu die Suchthilfe bzw. das Café Kibbel etc.), steht bis heute seitens Messegeschäftsführung ein schlüssiges und nachhaltiges Finanzkonzept zur Ertüchtigung aus.
Nicht nur unverständlich, sondern nahezu atemberaubend war auch das Tempo, in dem Sie, Herr Oberbürgermeister, uns eine Entscheidung zur Ertüchtigung der Messe Essen abverlangen wollten. Dass unsere Zweifel an der von Ihnen behaupteten Alternativlosigkeit zu der von der Messe geforderten 130 Millionen-Bürgschaft berechtigt waren, hat sich inzwischen erwiesen. Auch unsere Entscheidung,

dem von Ihnen aufgebauten Zeitdruck nicht nachzugeben und zunächst ein Parallelgutachten zur Untersuchung der vorgeschlagenen 6 Bauvarianten einzufordern, hat sich als richtig erwiesen. Dass hierdurch der Eingriff in den Grugapark deutlich reduziert werden konnte, ist nur ein Beleg dafür. Einen Blanko - Scheck für eine 100-Millionen-Bürgschaft möchten wir auch heute noch nicht erteilen, sondern erst die Ergebnisse des vorgesehenen Architekturwettbewerbs abwarten, der zudem Wege für eine bauabschnittsweise, modulare Ertüchtigung der Messe aufzeigen soll. Deshalb bleibt es aus GRÜNER Sicht dabei: „Ja“ wir stehen zur Messe, aber wie bei allen anderen Investitionen gilt es, einen kühlen Kopf zu bewahren, Transparenz herzustellen und Alternativlösungen abzuwägen.

Dies gilt im Übrigen auch für die heutige Entscheidung zur Wahl eines Personaldezernenten. Denn wer sich wirklich für diese Stadt einsetzt, sie voranbringen will und dafür einsteht, dass die Stadt Essen ein verantwortungsvoller, attraktiver Arbeitgeber für all die Beschäftigten der Verwaltung ist, sollte bedenken, dass Ideologie und Machtspielchen in dieser Frage nur in die Krise führen.
„Und weil das moralisch falsch ist, kann es politisch nicht richtig sein“

Abschließend möchte ich mich an dieser Stelle noch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die in die Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfs viel Zeit und Engagement investiert haben.